

Wasserwege konsequenter nutzen – Schwertransporte auf der Straße auf das notwendige Maß begrenzen

Die Mitgliederversammlung der CDU Lauenburg/Elbe möge beschließen:

Die CDU Lauenburg/Elbe fordert den CDU-Kreisverband Herzogtum Lauenburg auf, sich auf Kreis-, Landes- und gegebenenfalls Bundesebene dafür einzusetzen, dass die bereits bestehenden Regelungen zur Prüfung alternativer Transportwege bei Großraum- und Schwertransporten konsequenter und praxisorientierter angewandt und weiterentwickelt werden.

Insbesondere soll bei der Genehmigung von Großraum- und Schwertransporten die Möglichkeit einer ganz oder teilweise wassergebundenen Beförderung nicht lediglich abstrakt, sondern unter Einbeziehung konkret vorhandener und geeigneter Hafenstandorte in Schleswig-Holstein geprüft werden.

Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob ein Transport über einen Hafenstandort in Schleswig-Holstein – beispielsweise Lauenburg/Elbe, Lübeck, Rendsburg, Brunsbüttel oder geeignete Häfen an Nord- und Ostsee – und ein anschließender Straßentransport auf einer möglichst kurzen Reststrecke eine sinnvolle Alternative zu einem durchgehenden Straßentransport darstellen.

Begründung:

Großraum- und Schwertransporte stellen aufgrund ihrer Dimensionen und ihres Gewichts eine besondere Belastung für die Straßeninfrastruktur und den laufenden Straßenverkehr dar. Sie erfordern häufig umfangreiche verkehrsrechtliche Maßnahmen und Polizeibegleitungen und können zu Sperrungen, Umleitungen, Staus und erheblichen Beeinträchtigungen des Verkehrs führen.

Gleichzeitig verfügt Schleswig-Holstein über eine leistungsfähige Hafeninfrastruktur.

Die bestehenden straßenverkehrsrechtlichen Regelungen berücksichtigen bereits heute den Vorrang bzw. die Prüfung von Transporten über Schiene und Wasser. Nach den Vorgaben des Landes Schleswig-Holstein kommt eine entsprechende Ausnahmegenehmigung grundsätzlich nur in Betracht, wenn der Verkehr nicht wenigstens zum größten Teil der Strecke auf der Schiene oder dem Wasser möglich ist oder die Nutzung dieser Verkehrswege unzumutbare Mehrkosten verursachen würde.

Aus Sicht der CDU Lauenburg/Elbe muss diese Prüfung jedoch stärker an der tatsächlichen Transportpraxis ausgerichtet werden.

Es reicht nicht aus, lediglich abstrakt festzustellen, ob „der Wasserweg“ grundsätzlich zur Verfügung steht. Entscheidend ist vielmehr, ob eine konkrete Kombination aus Wasser- und Straßentransport unter Nutzung eines geeigneten Hafens in Schleswig-Holstein möglich ist.

Daher sollte der Antragsteller bei entsprechenden Großraum- und Schwertransporten nachvollziehbar darlegen, welche Möglichkeiten einer Beförderung über den Wasserweg beziehungsweise einer Kombination aus Wasser- und Straßentransport geprüft wurden und aus welchen konkreten technischen, logistischen oder wirtschaftlichen Gründen diese Möglichkeit gegebenenfalls nicht genutzt werden kann.

Die Genehmigungsbehörde soll diese Angaben prüfen und dabei insbesondere die tatsächlich vorhandenen Hafenstandorte und deren Umschlagmöglichkeiten berücksichtigen.

Lauenburg als konkretes Beispiel:

Dass eine solche Transportkette praktisch funktioniert, zeigt der Lauenburger Hafen.

In den Jahren 2021 und 2022 wurden beispielsweise vier Großtransformatoren für ein Umspannwerk im Raum Hamburg zunächst mit zwei Binnenschiffen nach Lauenburg gebracht. Im Lauenburger Hafen wurden die bis zu 373 Tonnen schweren Transformatoren mit einem 650-Tonnen-Kran von Bord gehoben und anschließend auf spezielle Schwertransportfahrzeuge verladen. Außerdem wurden für die Windparks in Hamwarde und Lüttau große und schwere Teile über den Lauenburger Hafen angeliefert.

Die beiden Beispiele zeigen eindrucksvoll, dass eine Kombination aus Wasser- und Straßentransport bei außergewöhnlich großen und schweren Gütern bereits heute funktioniert.

Gleichzeitig verdeutlichen die anschließenden Straßentransporte die erheblichen Belastungen: Solche Transporte benötigen besondere Verkehrslenkungsmaßnahmen, teilweise Polizeibegleitung und führen auf den betroffenen Straßen zu erheblichen Einschränkungen.

Wasserweg als konkrete Alternative prüfen

Die CDU Lauenburg/Elbe fordert deshalb eine konsequente Anwendung und Weiterentwicklung der bestehenden Genehmigungspraxis.

Bei jedem entsprechenden Genehmigungsverfahren soll insbesondere geprüft werden:

1. Kann die Ladung ganz oder teilweise per Schiff transportiert werden?
2. Welcher konkrete Hafenstandort in Schleswig-Holstein kommt für den Umschlag infrage?
3. Kann der Straßentransport dadurch auf eine kurze Reststrecke reduziert werden?
4. Welche Auswirkungen hätte die jeweilige Variante auf Straßen, Brücken und den laufenden Verkehr?
5. Welche Polizeibegleitung und sonstigen verkehrslenkenden Maßnahmen wären jeweils erforderlich?
6. Sind die mit der Wasser-/Straßen-Variante verbundenen zusätzlichen Kosten tatsächlich unzumutbar?

Der Antragsteller soll bei geeigneten Großraum- und Schwertransporten die Prüfung einer solchen Variante nachvollziehbar dokumentieren.

Dabei soll ausdrücklich nicht das Ziel verfolgt werden, wirtschaftlich notwendige Schwertransporte zu verhindern oder Unternehmen mit unverhältnismäßiger Bürokratie zu belasten.

Ziel ist vielmehr, die bereits vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten konsequenter zu nutzen und die vorhandene Hafeninfrastruktur Schleswig-Holsteins stärker in die Transportplanung einzubeziehen.

Die CDU Lauenburg/Elbe fordert daher:

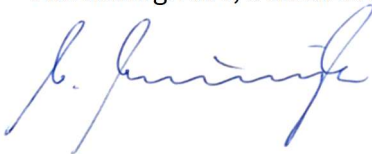
1. die bestehenden Regelungen zur Prüfung von Schienen- und Wassertransporten bei Großraum- und Schwertransporten konsequent anzuwenden;
2. die Prüfung künftig stärker auf konkrete Transportketten Wasser/Hafen/Straße auszurichten und nicht nur auf die abstrakte Möglichkeit eines Wassertransports;
3. bei jedem geeigneten Schwertransport die Nutzung eines konkreten geeigneten Hafenstandortes in Schleswig-Holstein zu prüfen;
4. vom Antragsteller nachvollziehbar darlegen zu lassen, dass eine Wasser-/Straßen-Alternative ernsthaft geprüft wurde, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen;
5. bei technisch und wirtschaftlich sinnvollen Lösungen den Wasserweg gegenüber einem langen durchgehenden Straßentransport zu bevorzugen;
6. den verbleibenden Straßentransport auf die kürzest mögliche und verkehrlich geeignete Reststrecke zu begrenzen;
7. dadurch die erforderlichen Polizeibegleitungen, Straßensperrungen und sonstigen Verkehrsbehinderungen auf das notwendige Minimum zu reduzieren;
8. die vorhandenen Hafenstandorte in Schleswig-Holstein – insbesondere Lauenburg/Elbe, Lübeck, Rendsburg und Brunsbüttel sowie weitere geeignete Häfen an Nord- und Ostsee – stärker als Umschlagplätze für Großraum- und Schwertransporte zu nutzen;
9. zu prüfen, ob die bestehenden Regelungen und Verfahren auf Landes- und Bundesebene weiterentwickelt werden müssen, damit die vorhandene Möglichkeit des kombinierten Wasser-/Straßentransports in der Praxis tatsächlich stärker genutzt wird.

Die CDU Lauenburg/Elbe bittet den CDU-Kreisverband Herzogtum Lauenburg, diese Forderungen aufzugreifen und sich gegenüber der Landesregierung, den zuständigen Verkehrsbehörden und gegebenenfalls dem Bund für eine entsprechende Weiterentwicklung der Genehmigungs- und Planungspraxis einzusetzen.

Ziel muss sein:

„So viel wie möglich auf dem Wasser – so wenig wie nötig auf der Straße.“

Lauenburg/Elbe, 31.08.2026



Markus Matthießen